

STEFAN HAACK

Verlust der Staatlichkeit

Jus Publicum

164

Mohr Siebeck

JUS PUBLICUM
Beiträge zum Öffentlichen Recht

Band 164



Stefan Haack

Verlust der Staatlichkeit

Mohr Siebeck

Stefan Haack, geboren 1975, Studium der Rechtswissenschaft in Leipzig; 1999 wiss. Mitarbeiter am Lehrstuhl für Staats- und Verwaltungsrecht, Wirtschafts-, Umwelt- und Planungsrecht der Juristenfakultät der Universität Leipzig (Prof. Dr. C. Degenhart); 2001 Referendariat in Sachsen, Wahlstation am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz bei Prof. Dr. B. de Witte und Prof. Dr. G. de Búrca; Promotion 2001. Anschließend Wiss. Assistent am oben genannten Lehrstuhl, Habilitation 2007; Verleihung der Lehrbefugnis für die Fächer Öffentliches Recht, Europarecht und Allgemeine Staatslehre.

e-ISBN PDF 978-3-16-151245-2
ISBN 978-3-16-149398-0
ISSN 0941-0503 (Jus Publicum)

Die deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2007 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen aus der Garamond Antiqua gesetzt, auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

Vorwort

Binnenmarkt, Osterweiterung, Post-Nizza-Prozeß, Türkei-Beitritt, Grundrechte-Konvent und Verfassungsvertrag: jedes dieser Stichworte markiert Aspekte in der Diskussion um die künftige Gestalt und um das künftige Wesen der Europäischen Union. Die meisten dieser Punkte führten und führen auf ein und dieselbe Grundthematik zurück – auf die Ungewißheit nämlich, welches Ergebnis am Ende des europäischen Integrationsprozesses erreicht werden soll. Daß dieses Ziel nicht in einem gesamteuropäischen Staatsganzen zu sehen sein dürfe, wird von vielen Seiten beteuert. Über das Problem jedoch, wie weit die Europäische Union gegenwärtig noch davon entfernt ist, ein Staatswesen zu bilden, und über die Frage, was getan werden müßte (oder was eben nicht getan werden darf), um diesen Schritt zu vollbringen – hierüber existieren bislang noch keine zufriedenstellenden Analysen. Nach dem Scheitern des „Vertrages über eine Verfassung für Europa“ erscheint die Gelegenheit günstig, mit einer solchen Untersuchung an die Öffentlichkeit zu treten: in der Diskussion darüber, wie die Europäische Union reformiert werden sollte, herrschen nunmehr, nach den ambitioniert geführten Verfassungsdebatten seit Mitte der neunziger Jahre und nach ihrer Kulmination in den Auseinandersetzungen um den Verfassungsentwurf, Sachlichkeit und Ernüchterung vor – was einer wissenschaftlichen Aufarbeitung der Verfassungsthematik und der Staatlichkeitsfrage nur dienlich sein kann. Ganz in diesem Sinne soll sich auch die vorliegende Studie, ohne verfassungspolitischen Anspruch, dem Aspekt der Staatlichkeit widmen.

Begonnen habe ich mit ihrer Ausarbeitung im Dezember 2002 während meines Aufenthaltes am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz; beendet habe ich sie in Leipzig im September 2006. In die Zeit ihrer Entstehung fallen damit die Arbeiten des Verfassungskonvents, die Querelen um den Entwurf, den dieser Konvent präsentiert hat, das Ratifikationsverfahren, sein Scheitern und die selbstverordnete Denkpause seitens der politischen Akteure. Den „Vertrag über eine Verfassung für Europa“ in die Überlegungen einzubeziehen, erschien in dieser Situation unausweichlich. Für denjenigen, der sich mit den Grundproblemen von Staatlichkeit und Staatsform im europäischen Einigungsvorgang beschäftigen will, lohnt es sich dabei auch über den Zeitpunkt des Scheiterns hinaus, sich mit den Regelungen dieses Vertragswerks auseinanderzusetzen. Im Hinblick auf zahlreiche Einzelprobleme, wie zum Beispiel die Kompetenzkompetenz, ergeben sich aus dem Verfassungsvertrag Erkenntnisse, die in staatlich-

keitstheoretischer und verfassungsjuristischer Hinsicht ihre Bedeutung behalten. Angesichts ihrer andauernden inhaltlichen Gültigkeit erscheint es mir dabei nach wie vor sinnvoll, ihnen trotz des Scheiterns des Verfassungsvertrages einen Platz im Rahmen dieser Studie zu geben.

Die Fülle des Materials, die zum Fragenkreis der europäischen Integration und zu den Grundlagen von Staatlichkeit und demokratischer Staatsform veröffentlicht wurde, hat eine Auswahl der Schrifttumsnachweise unumgänglich gemacht. Literatur, die nach dem 31. August 2006 erschienen ist, konnte nur noch vereinzelt berücksichtigt werden. Die Schrift „Verlust der Staatlichkeit“ wurde im Sommersemester 2007 von der Juristenfakultät der Universität Leipzig als Habilitationsleistung angenommen. Herrn Professor Dr. *Christoph Degenhart* danke ich sehr herzlich für seine Bereitschaft, die Arbeit zu betreuen und den Erstbericht zu erstatten. Als seinem Assistenten hat er mir die Gelegenheit geboten, die Arbeit in einer überschaubaren Zeit fertigzustellen. Ebenso danke ich Herrn Professor Dr. *Helmut Goerlich*, der das Zweitgutachten verfaßt hat. Seine kritischen Anmerkungen zu dem von mir vertretenen Standpunkt waren mir ein Anlaß und werden mir ein Anlaß bleiben, das eigene Denken selbstkritisch zu prüfen. Das nach sächsischem Hochschulrecht obligatorische Drittgutachten hat Professor Dr. *Christian Hillgruber* erstattet; auch ihm möchte ich hierfür recht herzlich danken. Zum Gelingen des Buches haben *Sophia Bendele*, *Brigitta Haack*, *Ingeborg Haack*, *Gunda Heinze* und *Stefan Piper* sowie die studentischen Hilfskräfte des Lehrstuhls für Staats- und Verwaltungsrecht, Wirtschafts-, Umwelt- und Planungsrecht beigetragen. Ihnen allen gilt mein ganz besonderer Dank.

Leipzig, den 6. Juli 2007

S. H.

Gliederung

<i>Einleitung</i>	1
<i>Erstes Buch: Bindungen</i>	25
Einführung in das Erste Buch	25
Erster Abschnitt: Die grundlegende politische Bindung des Gemeinwesens und deren Ausschließlichkeit	27
Zweiter Abschnitt: Recht und Verfassung als die maßgeblichen Umsetzungsformen eines letztentscheidenden politischen Gebundenseins.	50
Dritter Abschnitt: Souveränität und Föderalismus im ordnungsbezogenen Staatlichkeitsdenken	83
Vierter Abschnitt: Staatlichkeitsindizien in der rechtlichen Struktur	115
<i>Zweites Buch: Übergänge</i>	155
Einführung in das Zweite Buch	155
Erster Abschnitt: Europas Staatlichkeit im gegenwärtigen Zustand.	157
Zweiter Abschnitt: Schritte zum gesamteuropäischen Bundesstaat	225
Dritter Abschnitt: Staatsgründungsakte und Staatlichkeitswahrnehmung – mögliche Vorgehensweisen zur Einrichtung der gesamteuropäischen Staatlichkeit	254
<i>Drittes Buch: Herrschaftsformen</i>	283
Einführung in das Dritte Buch	283
Erster Abschnitt: Staatlichkeit und Staatsform	285
Zweiter Abschnitt: Staatsformentwicklungen im europäischen Integrationsprozeß	327
<i>Viertes Buch: Rechtsfolgen</i>	385
Einführung in das Vierte Buch	385
Erster Abschnitt: Grundgesetzliche Schranken von Staatlichkeits- entäußerung und Staatsformpreisgabe	387

Zweiter Abschnitt: Der Schritt in den europäischen Bundesstaat – Verfahrensoptionen und Konsequenzen aus verfassungsrechtlicher Sicht . . .	443
<i>Schlüsse</i>	479

Inhaltsverzeichnis

<i>Vorwort</i>	V
<i>Gliederung</i>	VII
<i>Inhaltsverzeichnis</i>	IX
<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	XXIX

<i>Einleitung</i>	1
I. Staatlichkeit als Grundform des politischen Gebundenseins	1
II. Die Hauptanliegen der Untersuchung	3
1. Inhaltliche Ansprüche: Staatlichkeit und Staatsform im europäischen Kontext – verfassungstheoretische Analyse und juristische Behandlung	3
2. Begriffssystematische Ansprüche: Sachfragen und Denkschablonen im Kontext der europäischen Konstitutionalisierungsdebatte	4
3. Wissenschaftlich-methodische Ansprüche: staatswissenschaftliches Erkenntnisbestreben und verassungspolitische Ambition.	5
4. Phänomenologische Ansprüche: überstaatliche Verfassunggebung und Staatlichkeitsübergang als Kategorien des Verfassungsdenkens	6
5. Terminologische Ansprüche: Identifikation und Lösung begrifflicher Dissonanzen im Kontext der europäischen Verfassungsdebatte	9
III. Terminologische Diagnostik: Begriffsverwirrungen und Begriffsverzerrungen im europäischen Verfassungsdiskurs	10
1. Stoffbedingte Verständigungshürden: die Unzulänglichkeit der begrifflichen Deduktion	10
2. Diskursbedingte Verständigungshürden: Umprägung und Manipulation verfassungstheoretischer Grundbegriffe	14
3. Sprachbedingte Verständigungshürden: Reibungsverluste durch semantische und gedankliche Inkongruenzen im multilingualen Diskurs	16

IV. Methodenprobleme im Grenzbereich: Konstitutionalisierungstheorien zwischen Norm und Faktum	18
1. Prozesse als Fakten, Theorien als Gegenstand der Kritik	18
2. Empirische Stoffsichtung, geisteswissenschaftliche Systembildung und juristische Normexegese: Untersuchungsmittel und Untersuchungsfelder	19
V. Die Staatlichkeit, ihr Übergang auf die Union und dessen juristische Folgen: der Untersuchungsverlauf	21
<i>Erstes Buch: Bindungen</i>	25
Einführung in das Erste Buch	25
1. Abschnitt: Die grundlegende politische Bindung des Gemeinwesens und deren Ausschließlichkeit	27
I. Staat und Status: die Definition der Staatlichkeit im Hinblick auf die Muster des politischen Gebundenseins	27
1. Die Ordnung der öffentlichen Sphären als Zusammenspiel unterschiedlicher Regelungsebenen	27
2. Staatlichkeit als Muster des politischen Gebundenseins: theoretische Herleitungen einer grundlegenden Bindungsstruktur	28
a. Die Annahme unabgeleiteter Hoheitsstrukturen aus den notwendigen Gründen (Staatlichkeit als Maßstabsbegründung)	28
b. Die Ausschließlichkeit der unabgeleiteten Hoheitsstruktur aus formal-theoretischer Perspektive	30
II. Die grundlegende politische Bindung der individuellen Subjekte und ihre Abgrenzung als Gemeinwesen innerhalb des politischen Raums	32
1. Zusammengehörigkeitsbewußtsein und einheitstiftende Ordnungsidee	32
a. Zusammengehörigkeitsvorstellungen als Ursprung des politischen Gebundenseins	32
b. Staatlichkeitsbegründung und faktischer Zwang	35
2. Staatlichkeitsrelevante Konsequenzen eines grundlegenden politischen Gebundenseins: die Entstehung der staatlichen Ordnung als äußerer Raum und innere Form	37
a. Der Staatlichkeitsanspruch in seiner territorialen Fixierung.	37
b. Räumliche Einheit und innere Ordnung	38
III. Das Verhältnis von Mensch und Staat unter dem Gesichtspunkt der letztverantwortlichen Bindung.	39
1. Verbundenheit und Einbezogenwerden als real sich vollziehende Staatlichkeitsgründe.	39

2. Höchstverbindlicher Befolungsanspruch und letztverant-	
wortliche Rechtsverbürgung	40
3. Probleme der individuellen politischen Identität.	42
IV. „Staatlichkeit“ als Hoheitsgewalt, als Aufgabeninhaberschaft und	
als die Summe dreier Elemente: Abgrenzungsfragen eines	
bindungsbezogenen Staatlichkeitsdenkens	44
1. „Staatlich“, „hoheitlich“ und „privat“: Funktionen des Staats-	
begriffs in der Abgrenzung der Sphären von Staat und Bürger . . .	44
2. Frieden, Freiheit und Sicherheit: Grund und Grenzen einer	
aufgabenbezogenen Staatlichkeitsbeschreibung	45
3. Volk, Gebiet und Gewalt: die Drei-Elemente-Lehre als	
Richtschnur der Völkerrechtspraxis.	46
V. Zwischenergebnis: Staatlichkeitsbestand und Staatlichkeitsbelege . .	48
2. Abschnitt: Recht und Verfassung als die maßgeblichen Umsetzungs-	
formen eines letztentscheidenden politischen Gebundenseins	50
I. Verfassungsrecht als die Vermittlung der Ordnungsvorstellung . . .	50
1. Das Sichtbarmachen der Ordnung durch die rechtliche Form . . .	50
2. Verfassungsrecht als die Verankerung von Ordnungskomponenten	51
3. Politische Bindung und verfassunggebende Gewalt: die Lehren	
von <i>pouvoir constituant</i> unter dem Gesichtspunkt der	
Ordnungsbegründung	53
4. Konstitutionalisierung als Akt und Prozeß.	56
5. Legitimität als Kongruenz von Idee und Ordnung	57
a. Die Definition der Legitimität als Kongruenzverhältnis:	
Grundsatz und legitimitätstheoretische Implikationen.	57
b. Normative und soziale Legitimität	59
c. Erfüllte Erwartungen als Wirksamkeitsbedingung:	
zum Konzept von Input- und Output-Legitimität	60
d. Legitimität von Einzelakten und Ordnungsgesamtheit.	61
II. Rechtliche Ordnung und grundlegendes politisches Gebundensein .	62
1. Das Wesen der rechtlichen Ordnung im Konzept eines	
bindungsbezogenen Staatlichkeitsdenkens	62
a. Rechtliche Regeln als Mittel zur Einbindung des einzelnen in	
die Ordnungsgesamtheit.	62
b. Charakter und Einheit der Rechtsordnung als Gesamtheit von	
Ableitungsverhältnissen	63
c. Rechtsstrukturen der Gemeinschaft im Innern und Äußern:	
die Gemeinsamkeit ihrer Geltung.	65
2. Rechtsableitungsverhältnisse im Inneren einer unabhängigen	
Ordnung (am Beispiel des Grundgesetzes).	66

3. Rechtsableitungsverhältnisse im Hinblick auf die Außenbeziehung des Staates (Geltungsgründe des Völkerrechts)	67
a. Völkerrecht als Ordnungsbestandteil.	67
aa. Notwendigkeit und Mechanismus: Koordinationsfunktionen des Völkerrechts	67
bb. Kategoriale Unterschiede und gemeinsamer Geltungsgrund: Monismus und Dualismus als Perspektivenfrage (zum Verhältnis von Verfassungs- und Völkerrecht)	68
b. Die Bedeutung der staatlichen Ordnung für die Genese von Völkervertrags- und Völkergewohnheitsrecht.	71
c. Geltungsanordnung und Statuszuweisung: die Behandlung des Völkerrechts durch die Verfassung	74
III. Rechtstheoretisches Resümee.	77
1. Ordnungsdenken und Grundnormkonzept	77
2. Grundnormerkenntnis und politischer Raum: die Bestätigung der grundlegenden politischen Bindung im Falle des Grundnormkonflikts	79
IV. Zwischenergebnis: Staatlichkeit und rechtliche Ordnung	82
3. Abschnitt: Souveränität und Föderalismus im ordnungsbezogenen Staatlichkeitsdenken	83
I. Perspektivische Unzulänglichkeiten einer personifizierenden Staatlichkeitskonzeption in den Auseinandersetzungen um Föderalismus und Souveränität	83
II. Föderalismuskonzeptionen unter Staatlichkeitsaspekten	84
1. Die unabgeleitete Ordnung der öffentlichen Sphären im föderalen Verbund	84
2. Bundesformen	86
a. Bundesstaat und Staatenbund: die hergebrachte Dichotomie	86
b. Bundesstaatlichkeit als Ordnungskonzept: zur Wesensbesonderheit föderal motivierter Staatlichkeitsformen	88
c. Die Renaissance der Lehre vom Bund im Kontext der Integration.	91
d. Legitimitätsvermittelnde Ableitungsketten in föderalen Systemen.	95
III. Souveränitätskonzepte im Kontext von Bindung und Ordnung	96
1. Die Ordnung als Bezugspunkt der Souveränität.	96
2. Das ordnungsbezogene Souveränitätskonzept in fünf perspektivischen Verdeutlichungen	99
a. Die wesensbeleuchtende Perspektive: zur Verkürzung der Souveränitätsfrage in den Theoremen von souveräner Norm und souveräner Macht	99

b. Die trägerbezeichnende Perspektive: zum Zusammenhang von Verbands- und Organsouveränität	101
c. Die geschichtsbezogene Perspektive: zum Unterschied von Volks- und Fürstensouveränität.	103
d. Die raumbeschreibende Perspektive: zu den Gemeinsamkeiten von innerer und äußerer Souveränität	105
e. Die momentbestimmende Perspektive: zur Wahrnehmbarkeit der Souveränität im Normalfall und im „Ausnahmезustand“ . .	107
3. Eigenschaften der Souveränität: Unteilbarkeit und Unversieglichkeit	109
a. Das Scheinproblem der Teilbarkeit	109
b. Unversieglichkeit der Souveränität und Effizienz der Ordnung.	111
IV. Zwischenergebnis: Zur Bedeutung von Souveränität und Bundesstaatlichkeit im europäischen Integrationsprozeß.	113
4. Abschnitt. Staatlichkeitsindizien in der rechtlichen Struktur	115
I. Die Höchstrangigkeit der Verfassungsstruktur als Ausgangspunkt der Staatlichkeitsbestimmung.	115
1. Unabgeleitete Verfassungsgeltung und unbedingter Verfassungs- vorrang als Konsequenzen der verfassungsmarkierenden Höchstrangigkeit	115
2. Sonderfragen der Staatlichkeitsbestimmung im Mehrebenen- verbund.	116
a. Die „Verfassungsautonomie“ von nachgeordneten Verbänden. . .	116
b. Konzepte des ebenenübergreifenden Verfassungsverbunds . . .	118
3. Staatlichkeitskriterien für den Fall des Staatlichkeitsübergangs . .	120
III. Staatlichkeitskriterien im Hinblick auf die Vorgänge der Rechts- erzeugung.	121
1. Erstes Kriterium: Die Regeln der Änderbarkeit	121
a. Staatlichkeit als Geltungskreis unabgeleiteter Rechtsänderungs- regeln.	121
b. Änderungsregeln als Unterscheidungskriterium bundesstaat- lichen und staatenbündischen Geeintseins: Brauchbarkeit und Grenzen	123
2. Zweites Kriterium: Die Kompetenzhoheit des Staates in seinem Innern	125
a. Staatlichkeit als Zuständigkeit zur grundlegenden Ordnung der Rechtsetzungskompetenzen.	125
b. Kompetenzdelegationen als Einsetzung nachrangiger Ordnungsstrukturen	127
c. Grenzen einer kompetenzordnungsbezogenen Staatlich- keitsbestimmung: die Zuordnung von Ebene und Organ.	128

IV. Staatlichkeitsindizien im Hinblick auf die Rechtsinhalte	129
1. Drittes Kriterium: der Anspruch des Staates auf erschöpfende Zuständigkeit (die sachliche Einheit der Ordnung)	129
a. Staatlichkeit als originäre Sachzuständigkeit	129
b. Allzuständigkeitsanspruch und Letztverantwortlichkeit	130
c. Essentielle Sachzuständigkeiten staatlicher Ordnung?	131
2. Viertes Kriterium: die Hoheit der institutionellen Organisation (die organisatorische Einheit der Ordnung)	133
3. Fünftes Kriterium: das staatliche Gewaltmonopol (die Zwangsmittelinheit der Ordnung).	134
4. Sechstes Kriterium: die Rechtsnatur der Austrittsentscheidung (die räumliche Einheit der Ordnung)	136
a. Staatliche Einheit und territoriale Integrität.	136
b. Austrittsrecht und Sezession	137
c. Austrittsrechte als Staatlichkeitskriterium: Schwierigkeiten im Hinblick auf Abgrenzungs- und Anwendungsfragen.	138
aa. Völkerrechtswidrige Vertragsbeendigungen und staatlich- keitsbestimmende Sezessionen: Kriterienrelativierung, Zirkelschluß-Gefahren und Staatlichkeitsbedingtheit der Unterscheidungen	138
bb. Austrittsklauseln in bundesstaatlichen Verfassungsgesetzen	139
cc. Juristische Optionen und faktischer Zwang	141
V. Staatlichkeitskriterien im Hinblick auf Rechtskontrolle und Rechtsdurchsetzung	142
1. Siebtes Kriterium: die verfassungsgerichtliche Letztent- scheidungsbefugnis	142
2. Achtes Kriterium: Rechtliche Aufsichtsinstrumentarien	144
a. Rechts- und Fachaufsicht über abgeleitete Hoheitsstrukturen, Selbsteintrittsrechte	144
b. Sonderfragen: Rechtskontrolle und Rechtsdurchsetzungs- mechanismen gegenüber autonom agierenden Herrschafts- strukturen.	145
VI. Staatlichkeitskriterien im Hinblick auf das Außerkrafttreten rechtlicher Ordnungsstrukturen	146
1. Neuntes Kriterium: die Legalität der Auflösung untergeordneter Herrschaftskomplexe	146
a. Die Abschaffung hoheitlicher Verbände – von oben herab und durch ihre Glieder	146
b. Verfassungsrechtliche Bestandsverbürgungen bundesstaatlicher Gliederheiten und ebenenübergreifende Auflösungsverfahren als gegebene und potentielle Abschwächung des Staatlichkeits- fazits	148

2. Zehntes Kriterium: die Auffindbarkeit änderungsfester Verfassungsinhalte	149
a. Änderungsfeste Verfassungsinhalte als Staatlichkeitsindiz. . . .	149
b. Sonderfragen: Ewigkeitsklauseln im Landesverfassungsrecht . .	151
VII. Zwischenergebnis: die zehn Kriterien im Zusammenspiel	152
<i>Zweites Buch: Übergänge</i>	155
Einführung in das Zweite Buch	155
1. Abschnitt: Europas Staatlichkeit im gegenwärtigen Zustand	157
I. Die Autonomie des europäischen Gemeinschaftsrechts als Grund- frage der europäischen Staatlichkeitsthematik	157
1. Der Zusammenhang von Autonomiegesichtspunkt und Staatlichkeitsfrage	157
2. Der Standpunkt der nationalen Verfassungsorgane: die abgeleitete Geltung der Gemeinschaftsrechtsordnung kraft mitglied- staatlicher Verfassungsbestimmung	158
a. Argumente gegen eine unabgeleitete Geltung des Gemein- schaftsrechts.	158
b. Argumente gegen einen Vorrang des Gemeinschaftsrechts vor höchsten mitgliedstaatlichen Verfassungsgrundsätzen	161
3. Die Autonomiethese des Europäischen Gerichtshofs	165
4. Der Autonomiediskurs als die Begegnung zweier Staatlichkeits- ansprüche.	167
5. Der Vorrang des Unionsrechts nach Art. I-6 EV: „primacía“ und „supremacía“ im Verhältnis von mitgliedstaatlichem und gesamt- europäischem Recht.	169
II. Zur weiteren Vorgehensweise: erkenntnisbezogene Beschränkung und sachbezogene Schematisierung der rechtsstrukturellen Staatlichkeitsbestimmung	171
1. EUV und EGV als Gegenstände der Untersuchung, Verhaltens- weisen im Zweifelsfall.	171
2. Das Untersuchungsschema: der völkerrechtliche Ausgangspunkt und seine weiteren Entwicklungsschritte	172
III. Der Staatlichkeitsbestand in der EU im Spiegel der zehn verfassungsrechtlichen Kriterien	173
1. Das erste Kriterium: die Änderbarkeit des EG-Primärrechts. . . .	173
a. Vertragsänderungen im Völkerrecht	173
b. Änderungsregeln im EU-Primärrecht	175
c. Änderungsregeln in der Rechtsprechung des EuGH	177

d. Änderungsmodalitäten im Verfassungsvertrag	178
e. Die Zwischenbilanz zum ersten Kriterium	180
2. Das zweite Kriterium: zur Frage einer gemeinschaftlichen Kompetenzhoheit	180
a. Kompetenzzusammenhänge im Völkerrecht	180
b. Die Kompetenzhoheit nach dem Recht der Verträge	180
aa. Art. 5 UAbs. 1 EGV als Grundentscheidung der europäischen Kompetenzverteilungskonzeption	180
bb. Zur Funktion von Art. 6 Abs. 4 EUV	181
c. Die Frage der Kompetenzkompetenz in der EuGH- Rechtsprechung	182
d. Die Frage der Kompetenzzuweisung im Verfassungsentwurf	183
e. Die Zwischenbilanz zum zweiten Kriterium	183
3. Das dritte Kriterium: zum staatlichen Allzuständigkeitsanspruch	183
a. Allzuständigkeitsfragen im Völkerrecht	183
b. Zuständigkeitsfragen nach dem Recht der Verträge	184
aa. Zuständigkeitszuweisungen im Verhältnis von Gemeinschaft und Mitgliedstaaten	184
bb. Die Abrundung ungereimter Zuständigkeitslücken durch Art. 308 EGV	185
cc. Verhältnismäßigkeit und Subsidiarität als Kompetenz- beschränkungsmechanismen (Art. 5 UAbs. 2, 3 EGV)	186
c. Allzuständigkeitsfragen in der EuGH-Rechtsprechung	188
d. Allzuständigkeitsmomente im Verfassungsentwurf	189
e. Die Zwischenbilanz zum dritten Kriterium	191
4. Das vierte Kriterium: zur Hoheit der Gemeinschaft über ihre institutionelle Architektur	191
a. Die Einrichtung internationaler Institutionen durch völker- rechtliche Abkommen	191
b. Organbestellung und Organbesetzung im Recht der Verträge	191
aa. Die Ableitung der EG-Organen aus den Verträgen	191
bb. Der Rat der EG	192
cc. Die EG-Kommission	193
dd. Das Europäische Parlament	194
ee. Weitere EG-Organen	195
c. Fragen der institutionellen Architektur in der Rechtsprechung des EuGH	196
d. Fragen der Organisationshoheit im Verfassungsvertrag	196
e. Die Zwischenbilanz zum vierten Kriterium	198
5. Das fünfte Kriterium: zur Frage eines gemeinschaftlichen Gewaltmonopols	199
a. Gewaltableitungen im Völkerrecht	199
b. Die Frage der Gewalthoheit im Recht der Verträge	199
c. Fragen der Gewalthoheit in der EuGH-Rechtsprechung	200

d. Fragen der Gewalthoheit im Verfassungsvertrag	201
e. Die Zwischenbilanz zum fünften Kriterium.	201
6. Das sechste Kriterium: zum Fortbestand des Austrittsrechts . . .	202
a. Austrittsfragen im Völkerrecht	202
b. Austrittsmöglichkeiten nach dem Recht der Verträge.	202
c. Austrittsrechte in der Rechtsprechung	204
d. Die Austrittsklausel im Verfassungsentwurf (Art. I-60 EV) . . .	204
aa. Der Inhalt ihrer Regelung	204
bb. Die verfassungstheoretische Beurteilung von Art. I-60 EV .	205
e. Die Zwischenbilanz zum sechsten Kriterium	205
7. Das siebte Kriterium: die gerichtliche Letztentscheidungsbefugnis des EuGH	205
a. Letztentscheidungsbefugnisse internationaler Gerichte	205
b. Gerichtliche Letztentscheidungszuständigkeiten im Recht der Verträge	207
c. Der Standpunkt des EuGH im Gegensatz zum Standpunkt der nationalen Verfassungsgerichte	207
d. Gerichtliche Letztentscheidungszuständigkeiten im Verfassungsvertrag	209
e. Die Zwischenbilanz zum siebten Kriterium	209
8. Das achte Kriterium: Rechtsaufsicht und Bundeszwang in der EU	209
a. Rechtsdurchsetzungsmechanismen im Völkerrecht.	209
b. Möglichkeiten zur Durchsetzung des EG-Rechts gegenüber den Mitgliedstaaten im geltenden Primärrecht	210
c. Die Frage der zwangsweisen Durchsetzung von EG-Recht gegen die Mitgliedstaaten in der Rechtsprechung des EuGH . . .	211
d. Möglichkeiten zur Durchsetzung des EG-Rechts gegenüber den Mitgliedstaaten im Verfassungsvertrag	212
e. Die Zwischenbilanz zum achten Kriterium	212
9. Das neunte Kriterium: zur Legalität der Auflösungsentscheidung.	212
a. Die Auflösungsfrage im Völkerrecht	212
b. Lösungsmöglichkeiten nach dem Recht der Verträge	213
c. Die Auflösungsfragen in der Rechtsprechung des EuGH	214
d. Die Auflösungsfrage im Verfassungsentwurf	215
e. Die Zwischenbilanz zum neunten Kriterium	215
10. Das zehnte Kriterium: zum Bestand änderungsfester Verfassungs- inhalte	216
a. Änderungsfeste Normeninhalte im Völkerrecht	216
b. Änderungsfeste Normen in EGV und EUV	216
c. Änderungsfeste Verfassungsstrukturen in der EuGH- Rechtsprechung.	218
d. Änderungsfeste Normenbestände im Verfassungsvertrag	219
e. Die Zwischenbilanz zum zehnten Kriterium	219

IV. Der Staatlichkeitsbestand in den EU-Mitgliedstaaten (am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland)	220
1. Staatlichkeitsindizien als Zuordnungs-Entweder-Oder.	220
2. Bestandsaufnahme in mitgliedstaatlicher Hinsicht	220
V. Zwischenergebnis: Die Staatlichkeit der EG – gegenwärtiger Zustand und künftige Perspektive	223
2. Abschnitt: Schritte zum gesamteuropäischen Bundesstaat	225
I. Reformen zur juristischen Vollendung der bundesstaatlichen Struktur.	225
II. Änderungen im Recht der Vertragsrevision	226
1. Die Einbeziehung europäischer Organe in Vorgänge der Primärrechtsgestaltung	226
2. Primärrechtsänderungen durch Mehrheitsentscheidungen	229
3. Abgestufte Änderungsmechanismen: die Vorschläge zur Zweiteilung des Primärrechts	230
4. Ewigkeitsklauseln und änderungsfeste Verfassungsinhalte	232
III. Der Ausbau des Verfassungsvorrangs	232
1. Der Vorrang des Primärrechts vor mitgliedstaatlichem Verfassungsrecht.	232
2. Feststellungen der Verfassungswidrigkeit untergeordneten Rechts	233
IV. Staatlichkeitsrelevante Änderungen im Kompetenzverteilungssystem	234
1. Eindimensionale Zuständigkeitszuweisungen an die Mitgliedstaaten durch das EG-Recht	234
2. Zweidimensionale Kompetenzzuordnungsregeln: die Verteilung der Zuständigkeiten an Mitgliedstaaten und Union durch das EG-Recht.	235
V. Staatlichkeitsrelevante Reformschritte im Bereich der Kompetenzkontrolle.	237
1. Zuständigkeiten des EuGH in Kompetenzverletzungsverfahren.	237
2. Die Einrichtung eines europäischen Kompetenzgerichtshofs.	238
3. Die Einsetzung eines EU-Kompetenzausschusses.	239
VI. Reformen des Institutionengefüges.	240
1. Der Ausbau des Parlamentarismus	240
a. Das EP als Gesetzgeber und als Kontrollorgan	240
b. Modifikationen des europäischen Wahlrechts unter dem Gesichtspunkt der Gleichheit	243
2. Die Umstrukturierung des Rates	244
a. Vetoausschluß und Mehrheitsentscheidung	244

b. Der Rat als zweite Kammer	245
c. Die Preisgabe der Ratsfunktionen in einem Senatsmodell	246
3. Der Ausbau der EG-Kommission zur Regierung	247
a. Die Begründung ihrer parlamentarischen Verantwortlichkeit	247
b. Anzahl und Staatsangehörigkeit der Kommissare.	248
c. Die Aufgaben der Kommission an der Spitze einer gesetz-	
vollziehenden Behördenhierarchie	250
VII. Weitere bundesstaatstypische Verfassungsinhalte	251
VIII. Zwischenergebnis: staatlichkeitsforcierende Rechtsstrukturen in	
der Union als politisches Experiment mit verfassungsrechtlichen Formen	252
3. Abschnitt: Staatsgründungsakte und Staatlichkeitswahrnehmung –	
mögliche Vorgehensweisen zur Einrichtung der gesamteuropäischen	
Staatlichkeit.	254
I. Verfahrensoptionen im Staatlichkeitskontext	254
1. Die Entstehungsweise der Ordnung als Aspekt ihres Wesens	254
2. Die Rolle des Volkes als pouvoir constituant und deren Wahr-	
nehmbarkeit im europäischen Konstitutionalisierungsprozeß	255
II. Staatlichkeitstypische Umstände der Verfassungsentstehung	257
1. Zum Zusammenhang von Verfassungsberatung und	
Staatlichkeitsfrage.	257
2. Die Ausarbeitung staatlichkeitsrelevanter Normierungsentwürfe	
im europäischen Integrationsprozeß	259
III. Staatlichkeitstypische Umstände der Verfassungsinkraftsetzung.	262
1. Die Vereinbarung von Verfassungsverträgen durch völker-	
rechtliche Abkommen.	262
a. Das Wesen des bundesstaatlichen Gründungsvertrages	262
b. Terminologie, Methodenfragen und Kommunikation als	
Probleme der Verfassungswahrnehmung.	265
c. Das Entweder-Oder von Bundesstaatsgründung und völker-	
rechtlichem Verpflichtetsein in einem schrittweise sich	
vollziehenden Integrationsprozeß.	268
d. Wesen und Rechtsproblematik des einzelstaatlichen	
Zustimmungsaktes	269
e. Aspekte der Bundesstaatsgründung im europäischen	
Integrationsprozeß	270
2. Verfassungsreferenden im Staatlichkeitskontext	273
a. Komponenten der Abstimmung über die Staatlichkeit:	
mitgliedstaatliche Beitrittsreferenden und gesamteuropäischer	
Verfassungsentscheid.	273
b. Beitrittsreferenden zum Bundesstaat: verfassungstheoretische	
Bedeutung und verfassungsrechtliche Legalität	274

c. Ordnungsbezogene Referenden als Gründungsmoment des Gesamtstaats	275
d. Zusammengehörigkeitsgrund und Ordnungsmodell: Probleme der Referendotypisierung im europäischen Einigungsprozeß	276
e. Politische Optionen eines plebiszitären Staatsgründungsaktes und deren verfassungstheoretische Folgen	278
IV. Staatlichkeitsfragen in abgeschichteten Integrationsprozessen	279
1. Staatlichkeitsberührende Integrationsschritte einzelner Staaten innerhalb einer supranationalen Union	279
2. Der Fortbestand völkerrechtlicher Bindungen im Verhältnis integrationsbereiter zu integrationsverzögernden Staaten	279
V. Zwischenergebnis: Das Wechselspiel von Inhalt und Vorgehensweise	281
 <i>Drittes Buch: Herrschaftsformen</i>	283
 Einführung in das Dritte Buch	283
1. Abschnitt: Staatlichkeit und Staatsform	285
I. Zusammenhänge von Staatsform und politischem Gebundensein	285
1. Bewußtseinsimmanente Ordnungskonzeptionen und faktische Zwänge als Faktoren der Staatsformbegründung	285
2. Die Ebene des grundlegenden politischen Verbundenseins als Bezugspunkt der Staatsformthematik	287
II. Demokratiedefinitionen im Kontext einer ordnungsbezogenen Staatlichkeitstheorie: Grundanliegen und Grundvoraussetzungen der demokratischen Herrschaftsform	289
1. Die Staatsform der Demokratie als das Muster einer unmittelbar vom Volk ausgehenden Handlungslegitimation	289
a. Ordnungsbezogene Grundlegitimität und demokratische Handlungslegitimation.	289
b. Die Irrelevanz demokratietheoretischer Neukonzeptionen für die Staatsformthematik.	290
2. Gesichtspunkte der demokratischen Handlungslegitimation im Zusammenhang des ebenenbezogenen politischen Gebundenseins	293
3. Die Rolle des demos im Demokratiekonzept	297
a. Das Wesen des demos: die Bindung des Volkes zur staatlichen Einheit mit parlamentarisch-demokratischem Ordnungskonzept	297
aa. Das Dasein des demos als Faktum	297
bb. Die Singularität des demos	299
cc. Die Unentbehrlichkeit des demos als Grundfigur eines demokratiebezogenen Verfassungsdenkens	299

b. Die Homogenität des demos: ihre Notwendigkeit	302
c. Die Homogenität des demos: ihre inhaltlichen Momente	304
4. Öffentliche Debatten als Essential einer parlamentarisch-demokratischen Herrschaftsform	306
III. Autonomieansprüche nachgeordneter Hoheitsträger: ihre Zulässigkeit und ihre Grenzen aus der Sicht einer staatlichkeitsbezogenen Demokratietheorie.	308
1. Fragen der demokratischen Legitimation abgeleiteter Hoheitsstrukturen.	308
2. Die Unterscheidung von verfassungsrechtlich-ursprünglicher Staatsformmodifikation und parlamentarisch bestimmter Staatlichkeitsentfaltung.	309
a. Abgeleitete Herrschaftsstrukturen als parlamentarische Entscheidung oder als Bestandteile einer einheitsbegründenden Ordnungsidee.	309
b. Parlamentarisch bestimmte Staatlichkeitsentfaltung und verfassungsrechtlich-ursprüngliche Staatsformmodifikation: die Wege ihrer Legitimation.	312
c. Parlamentarisch bestimmte Staatlichkeitsentfaltung und verfassungsrechtlich-ursprüngliche Staatsformmodifikation: die Grenzen ihrer Legitimation	313
3. Staatsformsichernde Autonomiebeschränkungen und deren rechtliche Umsetzung im Falle des äußeren (völkerrechtlichen) Verpflichtetseins.	320
IV. Zwischenergebnis: Zusammenhänge von Staatlichkeits- und Staatsformbestand – die Entwicklungsmöglichkeiten eines gesamt-europäischen demos und deren staats-theoretische Folgen	326
2. Abschnitt: Staatsformentwicklung im europäischen Integrationsprozeß	327
I. Das gegenwärtige Demokratiedefizit der Europäischen Gemeinschaft als Folge zweier sich überschneidender Staatsformbegründungen	327
1. Die Dualität des europäischen Demokratiedefizits aus staatlichkeitsbezogener Perspektive.	327
2. Die doppelte Legitimationsbasis der EU: Erklärungswert und Erklärungsmängel der herrschenden Sichtweise	329
II. Die Übermittlung demokratischer Legitimationspotentiale vom Mitgliedstaat in europäische Rechtsetzungs- und Entscheidungsprozesse	331
1. Substanzverluste mitgliedstaatlicher Demokratien durch Kompetenzübertragungsvorgänge.	331
2. Integrationsbedingte Machtzuwächse der Exekutiven zu Lasten der Parlamente in den mitgliedstaatlichen Verfassungsstrukturen	333

3. Durchbrechungen des Legitimationszusammenhangs	335
a. ... durch Ratsbeschlüsse im Mehrheitsverfahren	335
b. ... durch den Einfluß weiterer Organe auf den europäischen Rechtserzeugungsprozeß	339
aa. Die Einbeziehung originär europäischer Legitimations- strukturen: der Einfluß des Europäischen Parlaments	339
bb. Ungebundenheit und strukturelles Ungleichgewicht: der Einfluß der Kommission	341
cc. Die Grenzen der richterlichen Rechtsfortbildung aus der Perspektive des Staatsformbestandes: der Einfluß des EuGH	342
III. Staatsformverlust und Staatsformbegründung beim Eintritt in eine gesamteuropäische Staatlichkeit: ein Resümee zum Bestand der mitgliedstaatlichen Herrschaftsform (anhand der Kriterien über staatsformbedingte Grenzen autonom agierender Hoheitsgewalten) .	343
1. Erster Gesichtspunkt: die Anordnung des Bestandes von EG und EU im Wege des parlamentarischen Zustimmungsaktes	343
2. Zweiter Gesichtspunkt: die Festlegung von Wirkungs- und Aufgabenkreis	344
3. Dritter Gesichtspunkt: die Zuweisung hoheitlicher Handlungs- befugnisse dem einzelnen gegenüber	345
4. Viertes Gesichtspunkt: die Ausgestaltung der Binnenverfassung .	346
5. Fünftes Gesichtspunkt: die Einbettung der europäischen Herr- schaftsstruktur in die mitgliedstaatliche Ordnungsgesamtheit. . .	348
6. Sechstes Gesichtspunkt: Durchsetzungsmöglichkeiten demokratisch zustande gebrachter Entscheidungen gegenüber der europäischen Herrschaftsstruktur	349
7. Zwischenbilanz: der gegenwärtige Bestand der mitgliedstaatlichen Staatsform	350
IV. Die Eigenschaften einer möglichen gesamteuropäischen Staatsform .	351
1. Die Defizite der demokratischen Herrschaftslegitimation inner- halb des gesamteuropäischen Raumes im Kontext der Staatlich- keitsfrage	351
2. Das Europäische Parlament als Kernbestandteil einer gesamt- europäischen Demokratie	353
a. Die gegenwärtige rechtliche Stellung des Europäischen Parlamentes im Vergleich mit demokratietheoretisch mindest- notwendigen Parlamentsfunktionen	353
aa. Seine Mitwirkungsmöglichkeiten im EG-Rechtsetzungs- verfahren	353
bb. Die Stellung des Europäischen Parlaments im Verhältnis zu den anderen EG-Organen	356
cc. Das Enquete-Recht des Parlamentes	358

dd. Der Einfluß des Europäischen Parlamentes auf das Budgetrecht	359
b. Demokratietheoretische Notwendigkeiten in der Ausgestaltung des europäischen Wahlrechts, insbesondere: die Frage der Wahlrechtsgleichheit	361
aa. Das Problem der Erfolgswertgleichheit bei Wahlen zum Europäischen Parlament	361
bb. Wahlsystem und Demosvertretung	364
c. Zwischenbilanz: Ansätze demokratischer Herrschaftsausübung unter der Dominanz föderativer Gestaltungsmomente	365
3. Die Staatsformrelevanz der übrigen Gemeinschaftsorgane	366
4. Voraussetzungen der gesamteuropäischen Demokratie: demos und demokratische Öffentlichkeit	370
a. Gegenwärtiger Entwicklungsstand und künftige Entwicklungsmöglichkeiten eines gesamteuropäischen Volkes	370
b. Medienstrukturen, Sprachenvielfalt und Rezipienteninteressen: die Entwicklungschancen einer gesamteuropäischen Öffentlichkeit	371
c. Distanz und Bevölkerungszahl als staatsformbestimmende Größen.	374
V. Die Staatsformthematik nach dem Verfassungsvertrag.	376
1. Die Auswirkungen des Verfassungsvertrages auf den Verlust der mitgliedstaatlichen Demokratie, insbesondere im Hinblick auf die Rolle des Rates	376
2. Die Auswirkungen des Verfassungsvertrages auf die Entwicklung der gesamteuropäischen Staatsform, insbesondere im Hinblick auf die Stellung und die Rolle des Europäischen Parlamentes.	379
VI. Zwischenergebnis: Rationale Staatlichkeit – Europa als Produkt des Kalküls	382
 <i>Viertes Buch: Rechtsfolgen</i>	385
 Einführung in das Vierte Buch	385
1. Abschnitt: Grundgesetzliche Schranken von Staatlichkeitsentäußerung und Staatsformpreisgabe	387
I. Staatlichkeit und Staatsform im grundgesetzlichen Normengefüge	387
1. Art. 79 Abs. 3 i. V.m. Art. 20 Abs. 1 GG als verfassungsjuristischer Bezugspunkt der Staatlichkeitsfrage.	387
2. Anknüpfungspunkte der Staatsformthematik: Art. 23 Abs. 1 Satz 1 GG und Art. 23 Abs. 1 Satz 3 GG i. V.m. Art. 79 Abs. 3, 20 Abs. 1 und 2 GG.	387

3. Änderungsfeste Verfassungsinhalte und praktische Konkordanz	390
4. Zum Verhältnis von Art. 23 und Art. 24 GG im Kontext von Staatlichkeitsverlust und Staatsformpreisgabe	392
a. Art. 23 GG als <i>lex specialis</i> im europäischen Integrationskontext	392
b. Schranken der Integrationsgewalt in der bundes- verfassungsgerichtlichen Judikatur zu Art. 24 GG	393
c. Art. 23 GG als Verstärkung des Staatlichkeitsschutzes	394
II. Die verfassungsrechtliche Zulässigkeit eines integrationsbedingten Staatlichkeitsverlustes	396
1. Staatlichkeit als Schutzgut des Art. 79 Abs. 3 i. V.m. Art. 20 Abs. 1 GG	396
a. Wesenszug und Normativität: der Ausdruck der Unverbrüch- lichkeit eines höchstrangigen Ordnungsanspruchs im geltenden Verfassungsrecht	396
b. Die juristische Begründbarkeit eines verfassungsrechtlichen Staatlichkeitsschutzes durch Art. 79 Abs. 3 GG i. V.m. Art. 20 Abs. 1 GG	398
aa. Erwägungen anhand des Sprachgebrauchs der Verfassung: die Verwendung der Ausdrücke „Staat“ und „Volk“, insbesondere durch Art. 20 Abs. 1 und 2 GG	398
bb. Teleologische Auslegungsansätze: Art. 79 Abs. 3 GG i. V.m. Art. 20 GG als letztverbindliche Garantie einer konkreten Staatlichkeitsform	402
cc. Das systematische Zusammenspiel der Grundgesetznormen: der Bestand des Staates als Schutzgut weiterer Verfassungs- vorschriften	406
dd. Das Auslegungsfazit und dessen Bestätigung durch den Grundgesetzwortlaut	407
2. Gestalt und Zeitpunkt der Verfassungsverletzung.	408
3. Die Vereinbarkeit des geltenden Primärrechts mit Art. 79 Abs. 3 GG i. V.m. Art. 20 Abs. 1 GG (unter Staatlichkeitsaspekten)	411
4. Die Vereinbarkeit des „Vertrages über eine Verfassung für Europa“ mit Art. 79 Abs. 3 GG i. V.m. Art. 20 Abs. 1 GG (unter Staatlichkeitsaspekten)	416
III. Die verfassungsrechtliche Zulässigkeit einer integrationsbedingten Staatsformpreisgabe	420
1. „Alle Staatsgewalt geht vom Volk aus“ als entscheidender Bezugspunkt der integrationsrelevanten Staatsformabsicherung in der Verfassungsordnung des Grundgesetzes.	420
2. Art. 23 Abs. 1 Satz 3 GG i. V.m. Art. 79 Abs. 3, 20 Abs. 1 und 2 GG: die verfassungsrechtlichen Grenzen eines integrations- bedingten Funktionsverlustes der grundgesetzlichen Staatsform	421

a. Qualitative und quantitative Momente des Staatsformbestandes	421
b. Die Einhaltung der verfassungsrechtlichen Grenzen durch geltendes Primärrecht und Verfassungsvertrag	425
3. Art. 23 Abs. 1 Satz 1 GG: die sogenannte Struktursicherungsklausel als Bestandsgarantie demokratischer Legitimationszusammenhänge.	431
a. Die Erwähnung demokratischer Grundsätze in Art. 23 Abs. 1 Satz 1 GG: theoretische Bewandtnis und juristische Begründung.	431
aa. Der Ausdruck „demokratische Grundsätze“ als Garantie und Anspruch des grundgesetzlich eingerichteten Legitimationszusammenhang – eine These zur Neuinterpretation von Art. 23 Abs. 1 Satz 1 GG	431
bb. Wortlaut, Kontext und telos: Kontrolle und Verdeutlichung der hier vertretenen These anhand der hergebrachten Verfassungshermeneutik	433
b. Art. 23 Abs. 1 Satz 1 GG als Grenze der Staatsformpreisgabe (dessen konkreter juristischer Inhalt).	435
c. Die Vereinbarkeit des geltenden Primärrechts und des geplanten Verfassungsvertrages mit den staatsformbezogenen Anforderungen der Struktursicherungsklausel	438
d. Verfassungsrechtliche Folgen einer Verletzung der Struktursicherungsklausel.	440
IV. Zwischenergebnis: zur Inkongruenz von Staatlichkeits- und Staatsformverbürgung.	441
2. Abschnitt: Der Schritt in den europäischen Bundesstaat – Verfahrensoptionen und Konsequenzen aus verfassungsrechtlicher Sicht	443
I. Verfassungsgebung und Verfassungsänderung als verfassungsrechtliche Kategorien im Kontext der Staatlichkeitsfrage	443
II. Art. 146 GG als juristischer Weg zum Eintritt in den gesamteuropäischen Staat?	444
1. Normauslegung unter verfassungstheoretischen Prämissen: Art. 146 GG und das Verhältnis von verfassunggebenden Akten zum Verfahren der Totalrevision.	444
a. Art. 146 GG als Schluß- und Schutzbestimmung der bundesdeutschen Verfassung	444
b. Das Entweder-Oder von Verfassungsgebung und Verfassungsrevision als Schlüsselfrage des verfassungsrechtlichen Umgangs mit Art. 146 GG.	445
c. Art. 146 GG als Ausdruck der verfassunggebenden Gewalt des Volkes? – Theoretische Implikationen und dogmatische Konsequenzen	447

aa. Verfassungsrechtliche Implikationen: zur möglichen Verfassungswidrigkeit und Funktionslosigkeit von Art. 146 GG	447
bb. Verfassungstheoretische Implikationen: der gedankliche Horizont der verfassungsrechtlichen Ordnung als Grenze ihres rechtlichen Inhalts	451
d. Art. 146 GG als rechtlicher Weg zur Totalrevision des Verfassungsgesetzes	452
e. Die Grundfrage des Art. 146 GG unter den Gesichtspunkten der methodengerechten Verfassungsauslegung	454
f. Normgegenständliche Kontinuität und historische Sonderumstände: zur Rolle der verfassungsgebenden Gewalt in Art. 146 a.F. GG	457
g. Resümee: Juristische Funktion und verfassungstheoretische Einordnung von Art. 146 GG	460
2. Die Irrelevanz von Art. 146 GG im Kontext der europäischen Bundesstaatsgründung	462
III. Verfassungsreferenden als Gebot des politischen Stils	464
IV. Rechtsfolgen des vollzogenen Bundesstaatsbeitritts	466
1. Zum Fortgeltungsanspruch von Rechtsordnung und Verfassung nach Verlust und Übergang der Staatlichkeit	466
a. Die Fortgeltung nationaler Verfassungsgesetze kraft europäischen Geltungsbefehls.	466
b. Bedeutungswandel und Bedeutungsverlust einzelner Grundgesetznormen	467
c. Bruch und Kontinuität im Dasein und Wirken von rechtlicher Ordnung und verfassungsrechtlichen Institutionen.	471
2. Die Auswirkungen des Staatlichkeitsverlustes in völkerrechtlicher Hinsicht – der europäische Einigungsprozeß als künftiger Entwicklungsfaktor des zwischenstaatlichen Rechts	473
a. Staatlichkeitsverlust und Völkerrechtssubjektivität.	473
b. Staatlichkeitsverlust und Staatenachfolge.	475
V. Zwischenergebnis: der Wille des Staates, bestehen zu bleiben.	476
<i>Schlüsse</i>	479
I. Gesamtresümee: Staatlichkeit als das Ziel der politischen Bindung und als die Basis der Herrschaftsform, ihr möglicher Übergang und dessen Rechtsfolgen.	479
II. „Verlust der Staatlichkeit“ – fünf weiterführende Schlußfolgerungen	483

1. Das verfassungsrechtliche Fazit: Staatsrecht in Bekundungs- funktion	483
2. Das integrationspolitische Fazit: rechtliche Hürden und sachlicher Zwang	484
3. Das methodische Fazit: Staatlichkeitstheorien als begrifflicher Minimalismus	485
4. Das staatlichkeitstheoretische Fazit: Staatlichkeit als Realität . . .	485
5. Das normtheoretische Fazit: Geltung als ein real bedingtes und als ein abstrakt gewolltes Gebot	486
 <i>Literaturverzeichnis</i>	 487
 <i>Sachregister</i>	 521

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort
Abl.	Amtsblatt (der Europäischen Gemeinschaft)
Abs.	Absatz
a. E.	am Ende
a. F.	alte Fassung
AJCL	<i>The American Journal of Comparative Law</i>
AJIL	<i>The American Journal of International Law</i>
Alt.	Alternative
AöR	<i>Archiv des Öffentlichen Rechts</i>
APuZ	<i>Aus Politik und Zeitgeschichte</i>
Art.	Artikel
Artt.	die Artikel
AU	Afrikanische Union
Aufl.	Auflage
AVR	<i>Archiv des Völkerrechts</i>
BayVBl.	<i>Bayerische Verwaltungsblätter</i>
BayVerf	Verfassung des Freistaates Bayern
BB	<i>Betriebs-Berater</i>
Bd.	Band
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BT-Prot.	Bundestagsprotokoll
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BWahlG	Bundeswahlgesetz
BWVerf	Verfassung des Landes Baden-Württemberg
BYIL	<i>British Yearbook of International Law</i>
bzw.	beziehungsweise
CDE	<i>Cabiers de Droit Européen</i>
CMLR	<i>Common Market Law Review</i>
COSAC	Konferenz der Europa-Ausschüsse
CPE	<i>Constitutional Political Economy</i>
dens.	denselben
ders.	derselbe
dies.	dieselbe/dieselben